

Beschluss der Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt

vom 28. bzw. 29. Juni 2021

Erweiterung des Beschlusses zur Sicherung der Sielwall-Kreuzung in den Abendstunden gegen den Missbrauch durch so genannte Poser

Die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt haben am 08. September 2020 bzw. 27. August 2020 Beschlüsse zur Sperrung der Sielwall-Kreuzung getroffen, um dem so genannten Posen von Autofahrer*innen im Viertel entgegenzuwirken. Dieser Beschluss wurde am 25. Juni 2021 umgesetzt, indem die Verkehrsbehörde Schilder mit einem Durchfahrverbot aufstellen ließ. Es stellte sich schnell heraus, dass Verkehrsteilnehmer, die sich nicht an Regeln halten, auch von Schildern nicht von der Durchfahrt der Sielwall-Kreuzung abzuhalten sind. Am Samstag blockierte die Polizei wirksam die Zufahrten zur Kreuzung und setzte damit die Sperrung durch.

Die Erfahrungen des ersten Wochenendes haben gezeigt, dass das Durchfahrverbot mit wirksamen flankierenden Maßnahmen zu versehen ist. Während das Durchfahrverbot am Freitag, den 25. Juni 2021, fast ausnahmslos missachtet wurde, wurde es am Samstag, den 26. Juni 2021 durch Kontrollen an allen vier Zufahrten zur Sielwall-Kreuzung durch die Polizei durchgesetzt. Die Sperrung der Kreuzung hatte allerdings zur Folge, dass es zu stärkeren Belastungen der Nebenstraßen durch Ausweichverkehre gekommen ist.

Um die Verkehrssicherheit durchzusetzen und Gefahren für Anwohner*innen und Anlieger*innen zu vermeiden, fordern die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt

1. dass das Durchfahrverbot kurzfristig durch Sperren und Kontrollen der Ordnungsbehörden durchgesetzt wird, bis technische Lösungen geschaffen werden (wie beispielsweise die Sperrungen des Osterdeichs bei Werder-Spieltagen)
2. dass das Durchfahrverbot schnellstmöglich durch physische Barrieren für alle Verkehrsteilnehmer*innen sichtbar gemacht wird und auf diesem Wege durchgesetzt werden kann
3. dass die Nebenstraßen um die Sielwall-Kreuzung in das Verkehrskonzept mit einbezogen und verzugslos gegen Ausweichverkehre geschützt werden
4. von der Polizei eine konsequente Verfolgung der Fahrer*innen der Fahrzeuge, die posen, soweit dadurch Straf- oder Ordnungswidrigkeitenvorschriften verletzt werden. Darüber hinaus sind auch Fahrzeugstilllegungen und Führerscheinentziehungen zu prüfen, soweit die gesetzlichen Normen dieses zulassen.

Der Beschluss wurde von beiden Beiräten einstimmig gefasst.